

**Dr. Reinhard Zinkann**

**Statement zu den „Delecker Gesprächen“**

**25. August 2014**

-Es gilt das gesprochene Wort-

Verehrte Herren,  
liebe Gäste,

noch einmal in aller Form: herzlich willkommen zu den Delecker Gesprächen der Wirtschaftlichen Gesellschaft für Westfalen und Lippe im Kreise der Chefredakteure und weiterer maßgeblicher Vertreter der wichtigsten aktuellen Medien unserer Region.

Ich freue mich darüber, dass Sie alle heute Abend den Weg an den Möhnesee gefunden haben – und ich freue mich auf den Gedankenaustausch mit Ihnen, den wir, wie es guter Brauch ist, „off the records“ halten.

Konkret möchte ich mich mit Ihnen austauschen über einen Zustand, den man bezeichnen könnte als „Die neue Verunsicherung“.

Als ich vor fünf Jahren, am 23. September 2009, das letzte Mal an dieser Stelle zu Ihnen gesprochen habe, waren die zurückliegenden Monate geprägt von der – nach der Ölkrise des Jahres 1973 – schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise seit Bestehen der Bundesrepublik.

Milliarden und Abermilliarden von Euro und Dollar an vermeintlichem Vermögen hatten sich gleichsam ins Nichts verflüchtigt. Fünf Prozent Rezession standen

auf der Uhr. Milliarden schwere Konjunkturprogramme, Stichwort „Abwrackprämie“, haben womöglich Schlimmeres verhindert – oder waren schlicht teure ordnungspolitische Sündenfälle. Hierzu werden wir noch so manche Dissertation und Habilitationsschrift zu lesen bekommen.

Nicht nur unter fatalistischen Naturen machte sich das Gefühl breit, die fetten Jahre seien vorbei. Immerhin, das Schlimmste schien vorüber, zumindest zunächst einmal.

Heute ist es womöglich genau umgekehrt: Deutschland scheint ökonomisch glänzend dazustehen, zumindest im Vergleich zu den übrigen Ländern der Eurozone. Allerdings mehren sich auch bei uns die skeptischen Prognosen für Wachstum, Geldwertstabilität, Konsumklima und Arbeitsmarkt wobei, last but not least, als Indikator auch die Volatilität der Aktienmärkte, und hier beispielhaft des Dax, zu nennen sind.

Die Schuldenkrise in Südeuropa, obgleich derzeit ein wenig in den Hintergrund der öffentlichen Wahrnehmung getreten, ist bekanntlich alles andere als nachhaltig überwunden. Im Europaparlament machen sich nationalistische Splitterparteien breit.

Die Finanzmärkte sind heute zwar etwas strenger reguliert und nach Meinung mancher Politiker auch besser unter Kontrolle als etwa im Vorfeld der Lehman-Pleite. Sicherlich haben die Baseler Regulierungen in Europa und eine strengere Bankenaufsicht positive Konsequenzen. Von einer finalen Lösung der Finanz- und insbesondere Vertrauenskrise kann meines Erachtens nach, gerade mit Blick auf die verführerische Wirkung der anhaltenden Niedrigzinsen, keine Rede sein. Mit Blick auf die Finanzmärkte spricht Peter Sloterdijk in seinem neuen Buch „Die schrecklichen Kinder der Neuzeit“ von „völlig unkontrollierbar

gewordenen Turbulenzen, von denen niemand mehr behaupten kann, dass sich in diesen Vorgängen ein tieferer Plan verwirklicht.“ Als Beispiel mag Argentinien dienen, das nach 2001 zum zweiten Mal vor dem Staatsbankrott steht.

Der „arabische Frühling“ brachte mitnichten die Demokratie nach Nordafrika, Syrien, Afghanistan und den Irak, sondern verwickelte die gesamte Region in lang anhaltende blutige Bürgerkriege, an deren Ende die Muslimbrüder und Dschihadisten gestärkt hervorzugehen drohen.

Seit die Hamas im Gazastreifen wieder Schulen und Krankenhäuser als Raketenabschussbasen nutzen und Israels Militär mit Macht zurückschlägt, sind wir von einer dauerhaften Befriedung Palästinas so weit entfernt wie seit Jahrzehnten nicht mehr.

Und, last but not least: Die unheilvolle Verstrickung Wladimir Putins in die Unruhen in der Ost-Ukraine mit ihren bereits mehr als 2000 Toten führt zu einer neuen Eiszeit zwischen Russland und dem Westen, wie man sie seit dem Fall des Eisernen Vorhangs kaum mehr für möglich gehalten hätte. Mit all ihren politischen und ökonomischen Folgen!

In dem Kontext, verehrte Herren, mag die bevorstehende Verleihung des Preises des Westfälischen Friedens an die internationale Raumstation ISS als wichtiger Beitrag gelebter Völkerverständigung als besonders weitsichtige Entscheidung empfunden werden. Im Sinne von: „Nie war Verständigung so wertvoll wie heute“, oder auch „jetzt erst recht“. Die eingangs erwähnten fatalistischen Naturen würden dem womöglich eher eine tragisch-ironische Note abgewinnen.

Kein Wunder jedenfalls, dass sich auch bei uns in Deutschland nicht gerade Aufbruchstimmung breit macht. Angesichts der, vorsichtig formuliert,

durchwachsenen Nachrichtenlage erinnert sich ja kaum jemand noch daran, dass wir vor ein paar Wochen Fußballweltmeister geworden sind. Die Große Koalition, ohne dass ich hier näher ins Detail ins Detail gehen möchte, zieht zu Lasten künftiger Generationen mit dem Füllhorn durchs Land, anstatt sich die sperrigen Themen vorzunehmen, für die Große Koalitionen typischerweise gewählt werden.

Kein Wunder auch, dass die junge Generation vor allem vom Staatsdienst träumt: Fast jeder zweite junge Mensch möchte am liebsten Beamter werden. In einer aktuellen Erfragung der Berufswünsche von 10.000 Schülern der Klassen acht bis 13 landeten gar Bundeswehr und die Polizei auf den Plätzen eins bis zwei.

Aber genug der Schwarzmalerei. Lassen Sie uns nach vorne blicken. Was machen wir falsch? Und was muss sich ändern?

Aus meiner Sicht liegt für uns in Deutschland unsere derzeit drängendste Herausforderung darin, das Vertrauen der Menschen in Europa und den Euro zurückzugewinnen. Und dies nicht nur um das Gebilde EU und Euroraum zu stabilisieren und weiterzuentwickeln, sondern auch um mit Blick auf die eben genannten geopolitischen Konfliktherde als Europäische Union die angemessene und gebotene Position und Rolle einnehmen zu können.

Vertrauen ist verlorengegangen, weil die Repräsentanten der staatstragenden Parteien stets gemeint haben, es genüge, wenn sie sich einig sind, dann müsse man nicht auch noch um das Vertrauen der Menschen draußen werben.

Zusätzlich wurden ökonomische Gesetzmäßigkeiten der politischen Vision von Frieden und Einheit konsequent untergeordnet – und heute stehen wesentliche

Vertragsgrundlagen z.B. der Währungsunion - „No Bail out“ – nur noch auf dem Papier.

Jetzt kommt die Rechnung; und die Menschen haben das unbehagliche Gefühl, dass genau das eingetreten ist, was sie immer schon gehaut haben. Trotz Rettungsschirmen und Targetsalden in vierstelliger Milliardenhöhe sind wir der grundsätzlichen Lösung keinen Schritt näher, sondern haben nur Zeitaufschub gekauft.

Und während Griechenland, Spanien und Portugal leise Zeichen der Besserung zeigen, geraten zunehmend Italien und Frankreich in Bedrängnis. Ein Konzept, dass Staatspleiten und Dominoeffekte ebenso vermeidet, ohne sich wahlweise als Fass ohne Boden zu entpuppen oder den notleidenden Staaten durch unerfüllbare Sparauflagen den Rest zu geben, ist weiter nicht in Sicht. Entsprechendes gilt für den Weg der Südländer zurück zu mehr Wettbewerbsfähigkeit.

All dies wissen die Menschen und sorgen sich, möchten dafür aber nicht als nationale und unsolidarische Egoisten verunglimpft werden, die immer noch nicht verstanden hätten, worum es bei Europa wirklich geht.

Nicht zuletzt darauf ist das dramatische Erstarken der europakritischen Parteien bzw. des rechten Randes im Europa-Parlament zurückzuführen. Daher halte ich es beispielsweise für verkehrt, Bernd Lucke und seine AfD in die Schmutzdecke zu stellen. Luckes Thesen sind in großen Teilen ökonomisch zumindest vertretbar; allerdings hat auch er Lösungen nicht zu bieten. Und er erhält Beifall auch von Kreisen, mit denen man lieber nicht in Verbindung gebracht werden möchte.

Derweil ist keineswegs unumstritten, ob Jean-Claude Juncker der richtige Mann ist, um verlorenes Vertrauen in Europa zurückzugewinnen. Auch er wird zur Kaste derer gerechnet, die seinerzeit weggesehen haben, als plötzlich und wie von Zauberhand selbst Griechenland reif für den Euro war; die im Zweifel einer Vergemeinschaftung von Schulden das Wort reden – und für Deutschlands Haltung zum Umgang mit der Schuldenkrise wenig Sympathie mitbringen. Auf all dies wiesen zum Beispiel die Briten zu recht hin, und Angela Merkel tut gut daran, die Verständigung mit Großbritannien zu suchen, anstatt in das allgemeine Briten-Bashing einzufallen.

Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Natürlich ist die europäische Einigung von unschätzbarem Wert für die Sicherung von Frieden und Freiheit in Europa. Sicher hätte es auch die deutsche Einheit nicht gegeben ohne unsere Zusage, das vereinte Deutschland in eine Währungsunion einzubringen. Und ganz sicher haben gerade wir in Deutschland vom Euro über alle Maßen profitiert, kann es den Weg zurück zur D-Mark ebenso wenig geben wie den Rauswurf einzelner Ländern aus der Währungsunion.

Nur darf all dies nicht als Dauer-Rechtfertigung dafür missbraucht werden, immer weiter bzw. immer wieder aufs Neue dieselben ökonomischen und politischen Fehler zu begehen – und so die Parteien am rechten und linken Rand weiter zu stärken, was Europa auf Dauer massiv schwächen würde. Unser perspektivisch womöglich schwerwiegendstes Problem ist die politische und ökonomische Hilflosigkeit und Überforderung Frankreichs. „Der französische Patient – vom ökonomischen Niedergang einer einst stolzen Nation“ – so titelte vergangenen Freitag das Handelsblatt.

Und natürlich sollten wir Juncker jetzt den Rücken stärken. Im Interesse der Verfestigung der demokratischen Legitimierung ist allemal von Vorteil, dass die

EU-Kommission nun von einer Persönlichkeit geführt wird, die das Parlament ausgesucht und gewählt hat – und nicht von einem schwächlichen Kompromisskandidaten der Regierungschefs. Für ein zukünftiges demokratisch geeintes Europa ist ein starkes europäisches Parlament, mit dem sich auch die Wähler identifizieren, zwingend. Dazu muss es auch in den Regionen deutlicher wahrgenommen werden, und dazu trägt die Wahl des Präsidenten der EU-Kommission nachhaltig bei. Leider ist bisher, wie ja auch die Wahlbeteiligung zeigt, die Akzeptanz des Parlaments noch immer nicht sehr hoch.

Kontraproduktiv hierbei meines Erachtens nach die Haltung des Bundesverfassungsgerichts, wonach es bei einem Parlament mit Abgeordneten aus 28 Ländern und mehr als 200 Parteien auf ein paar Splittergruppen mehr oder weniger auch nicht mehr ankomme.

Und im Übrigen freuen wir uns natürlich sehr darüber, dass mit Jean-Claude Juncker ein Mitglied der Jury und einer der Väter unseres Friedenspreises die EU-Kommission führen wird!

Richtig bleibt aber auch: An einer europäischen Verfassung mit klarer Kompetenzverteilung zwischen der EU und den Ländern sowie Parlament, Kommission und Ministerrat führt kein Weg vorbei. Insofern fühlen wir uns als WWL mit der Auszeichnung von Giscard d'Estaing als Träger des Preises des Westfälischen Friedens für seine Rolle als Vater einer europäischen Verfassung nach wie vor sehr wohl – obwohl diese Verfassung bedauerlicherweise ausgerechnet in Frankreich erst einmal gescheitert ist.

Was aber gibt es, Stichwort Vertrauen, für uns konkret zu tun? Abgesehen davon, dass wir auch in der europapolitischen Diskussion wieder – oder

erstmals? – zu mehr Ehrlichkeit, Überzeugungskraft und Mut zum Disput finden müssen?

Dafür habe ich natürlich kein Patentrezept.

Wir leben in einer sehr herausfordernden Zeit, dies nicht zuletzt durch die Vielzahl von Informationen und der Geschwindigkeit, mit der sie uns erreichen. Für mich als Unternehmer bedeutet das umso mehr, Entscheidungen nicht übers Knie zu brechen, sondern mir die Zeit zu nehmen, diese sorgfältig abzuwägen. Es bedeutet auch, mit Vertrauen in die Zukunft zu schauen (– sonst kann man kein Unternehmer sein –), und dieses Vertrauen nach innen und nach außen auszustrahlen.

Und es bedeutet, der jungen Generation zu vermitteln, dass unser Gesellschaftssystem tragfähig ist und Leistung sich lohnt. In diesem Sinne müssen wir gemeinsam daran arbeiten, dass unsere Gesellschaft wieder zu mehr Mut und Vertrauen statt Gleichgültigkeit und Verzagtheit findet.

Leider sind wir nicht nur Weltmeister im Fußball, sondern, könnte man meinen, auch Weltmeister im Klagen. Ich glaube, dazu haben wir keinen Anlass, denn das Positive, gerade in Deutschland, überwiegt das Negative bei Weitem. Daher gilt, wie es schon Dante in seiner „Göttlichen Komödie“ formulierte: „Der eine wartet, dass die Zeit sich wandelt, der andere packt sie kräftig an und handelt“.

Lassen Sie uns gemeinsam die Herausforderungen unserer Zeit annehmen und an der richtigen Stelle, jeder für sich nach seinen Möglichkeiten, gemeinsam handeln und auf die Gestaltung unserer Welt und unserer Zukunft Einfluss nehmen!



In diesem Sinne, verehrte Chefredakteure, Redaktions- und Studioleiter, bitte ich in bewährter Tradition auch um Ihre Unterstützung und freue mich auf Ihre Meinung, Ihre Ideen und die Diskussion mit Ihnen – und danke für Ihre Aufmerksamkeit.